

# Befehl

des

## Arbeiter- u. Soldaten-Rates

### zu Greifswald.

In Greifswald hat sich am heutigen Tage auf Grund des allgemeinen demokratischen Wahlrechts ein Arbeiter- und Soldaten-Rat gebildet. Dieser übt, bis eine anderweitige Entscheidung durch die von uns anerkannte deutsche Nationalversammlung erfolgt, die gesetzgebende Gewalt im Stadt- und Landkreis Greifswald aus. Er hält die Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrecht, schützt Leben, Freiheit und Eigentum des Einzelnen und der Allgemeinheit. Er steht geschlossen hinter unserer Reichsregierung. Alle Verwaltungsstellen des Stadt- und Landkreises Greifswald sollen ihre bisherige Tätigkeit weiterführen. Von allen Beamten ohne Ausnahme wird erwartet, daß sie in Treue zur Deutschen Republik stehen und ihre Amtspflichten nach bestem Wissen und Gewissen in demokratischer Gefinnung und Ausführung erfüllen.

Ruhe und Ordnung wird herrschen, wenn Jedermann den gerechten Ordnungen des Arbeiter- und Soldaten-Rates nachkommt.

THOMAS STAMM-KUHLMANN (HG.)

## November 1918

Revolution an der Ostsee und im Reich



Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.): November 1918

VERÖFFENTLICHUNGEN  
DER HISTORISCHEN KOMMISSION FÜR POMMERN

Für die Historische Kommission für Pommern  
herausgegeben von  
Gerd Albrecht, Felix Biermann, Nils Jörn,  
Michael Lissok und Haik Thomas Porada

REIHE V: FORSCHUNGEN ZUR POMMERSCHEN GESCHICHTE  
Band 53



Thomas Stamm-Kuhlmann (Hg.): November 1918

# NOVEMBER 1918

REVOLUTION AN DER OSTSEE UND IM REICH

Herausgegeben von

THOMAS STAMM-KUHLMANN

BÖHLAU VERLAG WIEN KÖLN WEIMAR

Die Arbeit der Historischen Kommission für Pommern wird gefördert durch das Land Mecklenburg-Vorpommern und das Herder-Institut für historische Ostmitteleuropaforschung in Marburg an der Lahn.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

© 2020 by Böhlau Verlag GmbH & Cie., Lindenstraße 14, D-50674 Köln  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung:  
Befehl des Arbeiter- und Soldatenrats zu Greifswald. 10. November 1918. Plakat.  
Pommersches Landesmuseum Greifswald.

Korrekturat: Lektorat Becker und Schütz, Kassel  
Satz und Layout: büro mn, Bielefeld  
Druck und Bindung: ⊕ Hubert & Co. BuchPartner, Göttingen  
Printed in the EU

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)

ISBN 978-3-412-51604-8

## Inhalt

*Thomas Stamm-Kuhlmann*

Vorwort ..... 7

Die Revolution und ihre Bewertung

*Rüdiger Graf*

Die Revolution als Chance und Gefahr.

Revolutionäre Drehbücher in Deutschland 1918/19 ..... 15

*Tim B. Müller*

Die transatlantische Diskussion um die globale

und soziale Demokratie nach dem Ersten Weltkrieg ..... 35

*Ilya Dementev*

From October to November.

The Reception(s) of 1917–1918 by Russian Thinkers ..... 67

*Hedwig Richter*

Lange vorbereitet und kein Grund zur Aufregung – das Frauenwahlrecht ..... 87

*Eberhard Eichenhofer*

Das neue Arbeits- und Sozialrecht ..... 103

Der Fall Pommern

*Christoph Freiherr von Houwald*

Räte, Revolution und die Wahl zur Nationalversammlung in Stralsund ..... 131

*Jenny Linek*

Greifswald 1918.

Alltag zwischen Krieg und Frieden ..... 167

*Gunter Dehnert*

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Stettin bis zur Wahl der Nationalversammlung 193

*Bert Becker*

Die pommerschen Oberpräsidenten der Revolutionsperiode ..... 209

*Thomas Stamm-Kuhlmann*

Preußen, das Reich und Pommern.

Verfassungsgebung und Demokratisierung ..... 253

Nachwort ..... 273

Abkürzungsverzeichnis ..... 275

Verzeichnis der Autoren ..... 277

Ortsregister ..... 279

Personenregister ..... 281

## Vorwort

*Thomas Stamm-Kuhlmann*

November 1918 – das ist eine Chiffre. In diesem Buch soll sie für alle Umwälzungen stehen, die vom Sturz der Monarchie und der Einsetzung einer demokratischen Regierung in Berlin am 9. November 1918 angestoßen worden sind. Insofern sie bleibende Veränderungen ausgelöst hat, die oftmals erst später realisiert worden sind, reichen die Folgen der Revolution bis in die Zwanziger Jahre hinein. Und so gibt es in diesem Buch auch keine feste Zeitgrenze, die die revolutionäre Phase der deutschen Politik nach hinten abschließt.

Das Jubiläum der deutschen Revolution vom November 1918 bringt uns zum Nachdenken über dreierlei. Wo steht diese Revolution im großen Zeitbogen der deutschen Geschichte in der Neuzeit? Was können Revolutionen überhaupt bewirken? Welchen Platz haben sie in einer regionalen, einer nationalen und einer globalen Geschichtserzählung, die auch immer ein Teil von Erinnerungs- und Identitätsformung ist?

Die Erinnerung an die Revolution geht leicht mit der Erinnerung an den Waffenstillstand, der zwei Tage nach der Absetzung des Kaisers unterzeichnet wurde, durcheinander. An diesen Waffenstillstand, obwohl er das Ende eines bis dahin unvorstellbaren Mordens bedeutete, denkt man in Deutschland nicht gerne, da er gleichbedeutend mit dem Eingeständnis war, dass die ungeheuren Opfer sinnlos gewesen waren. Am 11. November, einem hohen Feiertag in unseren Nachbarländern, feiern die Deutschen lieber die Eröffnung des Karnevals.

Die Revolution wiederum ging zwar von Kiel aus, setzte sich jedoch zuerst in Bayern durch. Man hätte stolz darauf sein können, dass der Verlauf des November 1918 derartig unblutig war und dem König von Bayern kein Haar gekrümmt wurde. Auch in 21 weiteren Gliedstaaten des Deutschen Reiches kamen die Fürsten glimpflich davon. Sie waren auch zuvor keine Tyrannen gewesen. Zunächst war der Sieg der Republik durchgreifend und der Verwaltungsapparat des Ancien Régime stellte sich durchweg zur Verfügung. Es gab in den Metropolen Berlin und München ebenso wie in den Mittelstädten Stralsund, Greifswald und Stettin eine Bewegung von unten, der sich der Staatsapparat fügen musste. Juristen und Beamte fehlten nicht, die mit einer liberalen Gesinnung eine Brücke zwischen alt und neu zu bauen verstanden.

Es war der Streit innerhalb der Linken, die bis heute nicht geheilte Spaltung zwischen Mehrheits-SPD, USPD und Spartakus bzw. KPD, die die deutsche Linke bis heute daran hindert, die Revolutionsmonate von 1918 und 1919 mit Stolz in ihre Erinnerung einzubauen. Denn von Dezember 1918 an blieb die Revolution nicht mehr friedlich, und die meisten Todesopfer waren zu beklagen, als sozialdemokratisch geführte Sicherheitskräfte mit kommunistisch geführten Kämpfern und Demonstranten zusammenstießen,<sup>1</sup> als also

---

1 Mehr Todesopfer als die Niederschlagung des Spartakus-Aufstands forderte das Vorgehen des Stadtkommandanten Gustav Noske gegen den von KPD und Teilen der USPD ausgerufenen



die Träger der Revolution unter sich uneins wurden, was man sogar als einen typischen Zug von Revolutionen ansehen kann.

Im Jahr 2018 geführte Debatten über einen weiteren Feiertag in der Bundesrepublik Deutschland hatten zum Ergebnis, dass der 9. November erneut nicht ausgewählt wurde, auch nicht in der damaligen und heutigen deutschen Hauptstadt Berlin. Nicht zum wenigsten dürfte dazu beigetragen haben, dass der 9. November eben nicht nur der Tag der erfolgreichen friedlichen Republikgründung ist, sondern auch der Gedenktage des Hitlerputsches und der Novemberpogrome 1938. Nicht einmal der Glanz der Maueröffnung von 1989 hat es vermocht, diese Schatten aufzuhellen. Das bedeutet im Endergebnis, dass Adolf Hitler es vermocht hat, mit seinen Schandtaten eine hoffnungsvolle Traditionsbildung der Deutschen zu unterbinden. In jeder Hinsicht waren deshalb 2018 die gedächtnispolitischen Kapazitäten geteilt zwischen jenen, die an die Opfer der „Reichskristallnacht“ erinnerten und jenen, die sich der zunächst erfolgreichen Revolution angenommen haben. Hätte die Revolution aber Bestand gehabt, hätte es die Novemberpogrome gar nicht erst gegeben.

Diese Überlegung führt zum Nachdenken über das weitere Schicksal der 1918/19 gegründeten Republik. Zwei Ansätze haben die bundesdeutsche Geschichtsschreibung zur Revolution beherrscht. Vor allem vor dem Hintergrund des Kalten Krieges und bevor eine detaillierte Forschung ergab, dass in den Räten eine linksextremistische Einstellung keineswegs vorherrschend war, neigte man dazu, den von Gustav Noske vorgenommenen und von Friedrich Ebert zugelassenen brutalen Militäreinsatz ab Dezember 1918 als womöglich überzogenen, aber doch verständlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus zu sehen. Durch die umfassende Quellenforschung, die in den 1970er-Jahren vor allem zur Rätebewegung getrieben wurde, und durch die basisdemokratischen Impulse der Neuen Linken verschob sich dann das Paradigma hin zur These von der versäumten Chance der Demokratisierung.<sup>2</sup>

Die DDR-Historiografie ihrerseits war wieder auf die Alternative „Rätesystem oder Nationalversammlung, Bolschewismus oder Weimarer Republik“ fixiert,<sup>3</sup> wenn auch mit gegenüber dem Westen inverser Bewertung. Die Behauptung freilich, die KPD in Pommern habe während der Klassenkämpfe der Jahre 1919/20 und bei der Abwehr des Kapp-Putsches eine maßgebliche Rolle gespielt, muss als Geschichtsfälschung zurückgewiesen werden.<sup>4</sup> Die Gedenkjahre 1968/69 veranlassten aber auch Sebastian Haffner, damals in Westdeutsch-

---

Berliner Generalstreik und Aufstand zwischen dem 3. und 12. März 1919: Die Schätzungen reichen bis zu 1.200 Toten. Kampfflugzeuge wurden eingesetzt. Vgl. Mark JONES: Am Anfang war Gewalt: Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik. Berlin 2017, S. 237 f.

2 Vgl. Wolfgang NIESS: Die Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung. Deutungen von der Weimarer Republik bis ins 21. Jahrhundert. Berlin/Boston 2013, S. 573.

3 Vgl. ebd., S. 576.

4 Vgl. Fred MROTZEK: Der schwere Weg der Demokratie, in: DERS./Werner MÜLLER/Johannes KÖLLNER (Hrsg.): Die Geschichte der SPD in Mecklenburg und Vorpommern, Bonn 2002, S. 105.

land als linksliberaler Publizist in hohem Ansehen stehend, zu dem Buch „Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19.“<sup>5</sup> Als Verräter sind hier vor allem die Sozialdemokraten gemeint: „Die deutsche Revolution von 1918 war eine sozialdemokratische Revolution, die von den sozialdemokratischen Führern niedergeschlagen wurde: ein Vorgang, der in der Weltgeschichte kaum seinesgleichen hat.“<sup>6</sup> 2018 aber war ein Buchtitel möglich wie: „Lob der Revolution“. Aus dem Verrat wurde „die Geburt der deutschen Demokratie.“<sup>7</sup>

Eine Bewertung der Revolution ist von maßgeblicher Bedeutung für die möglichen Erklärungen, die sich für das Scheitern der Weimarer Republik geben lassen. Überdeutlich hat beispielsweise Karl Dietrich Bracher betont, dass Hindenburgs Loyalitätsverweigerung gegenüber den demokratischen Parteien, die ihm zur Wahl in das mächtige Amt des Staatsoberhauptes verholfen hatten, von seinem ostelbisch-junkerlichen Sozialhintergrund gestützt wurde.<sup>8</sup> Unter diesem Aspekt – und angesichts der Wahlerfolge der DNVP, dann der NSDAP in Pommern – drängt sich die Frage auf, ob ein entschiedeneres Vorgehen gegen den nordostdeutschen Großgrundbesitz in der Revolutionsphase den Untergang der Weimarer Republik hätte abwenden können. Mit zunehmender Distanz zum Jahr 1933 wird das damalige Scheitern der Republik jedoch nicht mehr als zwangsläufig empfunden und werden der Sonderwegs-These von den autoritären Langzeitendenzen der deutschen Geschichte<sup>9</sup> Vergleiche gegenübergestellt, die beweisen sollen, dass Deutschland 1918 gegenüber den Musterländern der westlichen Demokratie keineswegs zurück war.<sup>10</sup>

Auch wer glaubt, die Revolution nun loben zu dürfen, muss sich freilich fragen lassen, ob sie tatsächlich das tragende Ereignis am Anfang des 20. Jahrhunderts bildet. Die

5 Bern u. a. 1969. Dän. Ausgabe 1971; deutsche Neuausgabe u. d. T.: Die deutsche Revolution. Wie war es wirklich? München 1979; niederl./russ. Ausgaben 1983; US-Ausgabe 1986; dt. Taschenbuchausgabe München 1991; Neuausgabe u. d. T: Der Verrat. Deutschland 1918/19, Berlin 1993 (3. Aufl. 1995), u. d. T: Die deutsche Revolution 1918/19. Berlin 2002; niederl. Ausgaben 2002; Taschenbuchausgabe Reinbek 2004; span. Ausgaben 2005; dän. Ausgabe 2006; dt. Ausgabe Köln 2008; E-Book Reinbek 2018; franz. Ausgabe 2018.

6 Sebastian HAFFNER: Die verratene Revolution. Deutschland 1918/19. Bern u. a. 1969, S. 10. Wortgleich in der Neuausgabe: Die deutsche Revolution 1918/19. Wie war es wirklich? München 1979, S. 10.

7 Lars-Broder KEIL/Sven Felix KELLERHOFF: Lob der Revolution. Die Geburt der deutschen Demokratie. Darmstadt 2018.

8 Vgl. Karl Dietrich BRACHER: Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie (Droste Taschenbücher Geschichte). Düsseldorf 1984, S. 454 und 457. Voraussetzung für das fatale Wirken Hindenburgs und seiner Hintermänner war die „Verlängerung der historischen Lebensspanne, die dem Adel während der Reichsgründungsepoche in den Schoß gefallen ist.“ (Hans-Ulrich WEHLER: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914. München 1995, S. 806.)

9 Am besten zusammengefasst in: Hans-Ulrich WEHLER: Das deutsche Kaiserreich 1871–1918 (Deutsche Geschichte, Bd. 9. Hrsg. von Joachim LEUSCHNER). Göttingen <sup>6</sup>1988.

10 Vgl. Margaret Lavinia ANDERSON: Ein Demokratiedefizit? Das Deutsche Kaiserreich in vergleichender Perspektive, in: GuG II (2018), S. 367–398.

Beiträge zu Greifswald von JENNY LINEK, zum modernen Arbeits- und Sozialrecht von EBERHARD EICHENHOFER und zur Durchsetzung des Frauenwahlrechts von HEDWIG RICHTER lassen erkennen, dass 1918/19 Modernisierungstrends zum Durchbruch kamen, die sich unter den Bedingungen des Kaiserreichs und des Krieges seit Jahrzehnten angebahnt hatten. Werner Abelshauser hat schon 1987 konstatiert: „Nahezu alles, was zu den typischen sozialen Errungenschaften der Weimarer Republik zu zählen ist und in den Jahren 1918 bis 1920 Gesetzeskraft erlangte, lässt sich in den Grundlagen auf die Praxis der Kriegszeit zurückführen.“<sup>11</sup>

Die gegenrevolutionären Einstellungen, die vor allem in Militär und Beamtenapparat lokalisiert worden sind, wurden lange Zeit dafür verantwortlich gemacht, dass es der Republik an Republikanern gefehlt habe. BERT BECKER betont in diesem Band, dass Politik und Gesellschaft Pommerns in der Weimarer Republik jedoch nicht mit der Entwicklung der Deutschnationalen Volkspartei gleichgesetzt werden sollten. Das hat die Forschungsliteratur über diesen Zeitabschnitt manchmal suggeriert. Tendenzen zur Überwindung der sozialen Kluft, wie sie in der Weimarer Republik gerade vom linksliberalen Lager ausgegangen sind, hat es auch in Pommern gegeben. Sie verkörpern sich hier in der Person des Oberpräsidenten Julius Lippmann. Aus den drei Städten Stralsund (behandelt von CHRISTOPH FREIHERR VON HOUWALD), Greifswald (behandelt von JENNY LINEK) und Stettin (behandelt von GUNTER DEHNERT) kann man ersehen, dass der Druck von unten, der von den Arbeiter- und Soldatenräten ausging, schnell aufgefangen wurde und dass die Nebenordnung der Räte mit den in der Kommunalverfassung vorgesehenen Gremien schlecht und recht funktionierte. In Stralsund konstituierte sich auch ein Bürgerrat. Von Greifswald bleibt der Eindruck zurück, dass der seit 1917 amtierende Bürgermeister die Lage in jedem Augenblick in der Hand hatte und die Arbeiterschaft sich mit oberflächlichen Partizipationsmöglichkeiten schnell zufriedengab. Nach der Wahl zur Nationalversammlung und nachdem die kommunalen Selbstverwaltungsgremien anhand des Verhältniswahlrechts hatten besetzt werden können, erschienen die Räte mehr und mehr als funktionslose Überreste.<sup>12</sup> Sie mussten nicht unterdrückt werden, sondern stimmten, zuletzt im Sommer 1919, ihrer eigenen Auflösung zu. Dieses glimpfliche Nebeneinander lässt sich je nach dem Standpunkt, den man zur Revolution einnimmt, als anpasserisches Versöhnertum der Revolutionäre oder als weichliches Nachgeben der Staatsorgane auslegen. Man kann dies jedoch auch als Anzeichen einer Kompromissfähigkeit der deutschen

11 Werner ABELSHAUSER: Die Weimarer Republik ein Wohlfahrtsstaat?, in: DERS. (Hrsg.): Die Weimarer Republik als Wohlfahrtsstaat (VSWG Beiheft Nr. 89, 9). Stuttgart 1987, S. 15.

12 Der neue preußische Ministerpräsident Paul Hirsch war der Ansicht, dass die Kommunalwahlen nach dem neuen Wahlrecht notwendig waren, damit eine Einmischung der Arbeiter- und Soldatenräte in die Selbstverwaltung beendet werden konnte. Bis dahin habe „ein buntes Durcheinander“ „fast anarchistische Zustände“ herbeigeführt. Das Verhältniswahlrecht jedoch scheint ihm garantiert zu haben, dass der Einfluss der bisher benachteiligten Volksschichten auf die Politik künftig gesichert war. Vgl. Paul Hirsch: Der Weg der Sozialdemokratie zur Macht in Preußen. Berlin 1929, S. 154.

Gesellschaft betrachten. Bastillestürme mögen signalhafte Bedeutung haben. Die wahren Umwälzungen der Französischen Revolution fanden dagegen in den Generalständen und in der Nationalversammlung statt.

Beinahe hätte die Revolution zu einer Bereinigung des „Reich-Preußen-Problems“ in der Form geführt, dass Preußen zerschlagen worden wäre. Das hätte Pommern als einer hinreichend großen Provinz die Chance eingeräumt, in den Status eines Landes des Deutschen Reiches aufzusteigen. Tatsächlich waren es aber die preußischen Sozialdemokraten, die sich erfolgreich gegen die Aufteilung ihres von jetzt an als Freistaat bezeichneten Gebildes gewehrt haben. Für dieselben Sozialdemokraten war Pommern, wie der von hier gebürtige preußische Innenminister Albert Grzesinski betonte, zwar der Inbegriff der Reaktion und junkerlicher Verhältnisse. Diese Verhältnisse wurden, wie im Beitrag von THOMAS STAMM-KUHLMANN gezeigt ist, aber auf dem Gesetzgebungswege angegriffen, wobei ein Teil der Gesetzgebung auf Reichsebene erfolgte, der größere Teil jedoch von der verfassunggebenden preußischen Landesversammlung und dem preußischen Landtag ausging. Im pommerschen Provinzialverband als einem bedeutenden Selbstverwaltungsorgan kam die Revolution nur schleppend an, hier darf man auch nach wie vor einen Hort des Widerstrebens gegen die neue Ordnung erblicken. Diese Widerstände, die im Kapp-Putsch des März 1920 gipfelten, sind in der Forschung behandelt worden.<sup>13</sup> Da dieses Buch jedoch den progressiven Veränderungen gewidmet ist, die die Revolution mit sich brachte, wird der Kapp-Putsch hier nicht weiter vertieft. Ein klares Bewusstsein von der gesellschaftlichen Gegenmacht, die sich ihnen in Form der häufig adeligen Großgrundbesitzer entgegenstellte, war bei den Sozialdemokraten – es seien nur Otto Braun und Albert Grzesinski genannt – auf jeden Fall vorhanden.

Die wichtigsten der Fortschritte, die dauerhafter Art waren und den Nationalsozialismus überlebt haben, sind in den Beiträgen von HEDWIG RICHTER und EBERHARD EICHENHOFER behandelt. Für die Berliner Sozialdemokraten, ob sie der MSPD oder der USPD angehörten, war die Revolution im Dezember 1918 schon gelaufen, sobald die Parlamentarisierung der Politik und damit eine Plattform für die Machtausübung der Sozialdemokratie gegeben war, wie RÜDIGER GRAF feststellt. Hinzuzählen müsste man die nicht unbedeutenden Grundrechts- und sozialen Garantien, die der Rat der Volksbeauftragten und die preußische Staatsregierung bereits im November verkündet hatten. Dennoch fing

---

13 Vgl. Klaus SCHREINER: Dokumente berichten aus der Geschichte der Greifswalder Arbeiterbewegung. Hrsg. vom Pädagogischen Kreiskabinett Greifswald. Greifswald 1958; DERS.: Der Kampf der Werktätigen Vorpommerns gegen den militaristischen Kapp-Putsch und die daran anschließenden Aktionen im März 1920. Phil. Diss. Rostock 1963 (Masch.); DERS.: Der Anteil der revolutionären Landarbeiter des ehemaligen Regierungsbezirks Stralsund an der Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch 3 (1963), S. 101–106; Johannes ERGER: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 35). Düsseldorf 1967; Martin SCHAUBS: Märzstürme in Pommern: Der Kapp-Putsch in Preußens Provinz Pommern. Marburg 2008.

im Empfinden der Mitglieder des Spartakusbundes die Revolution im Dezember erst an. Dass Deutschland sich auf einem gesetzmäßigen Weg zur Demokratie befand, glaubten nach den Beobachtungen von RÜDIGER GRAF auch die deutschen Linksliberalen um Theodor Heuss. Die Frage, ob die deutsche Revolution von 1918/19 nicht auch als Teil eines weltweiten Demokratisierungsschubes gesehen werden muss, untersucht TIM B. MÜLLER. Auch nach seiner Diagnose war die Kluft zwischen Deutschland und der atlantischen Welt geringer als lange Zeit angenommen. Genau diese Nähe aber, die den Sozialdemokraten Philipp Scheidemann als Handlanger der imperialistischen Westmächte USA und Großbritannien erscheinen ließ, machte die SPD den Bolschewiki natürlich verhasst. Umgekehrt groß war indessen die Zustimmung zur SPD in den Reihen der bereits entmachteten russischen Menschewiki, wie ILYA DEMENTEV zeigt. Doch beiden gemein war ein enger Erwartungshorizont, der der Weltrevolution nur wenige Jahre zumaß, während aus heutiger Sicht ein weltweiter Demokratisierungsschub unter dem „Wilson-Effekt“ seine volle Bedeutung erst im Verlauf der Jahrzehnte entfaltet hat.

Jene Historiker, die die Menschheit auf einem von Rückschlägen begleiteten Pfad zur repräsentativen Demokratie als universaler Staatsform sehen, fanden sich im Sturz der Einheitsparteidiktaturen des sowjetischen Modells, der 1988–1990 in Ost- und Mitteleuropa stattfand, bestätigt. Auffallend sind die Parallelen zwischen dem November 1918 und dem November 1989 auch darin, dass eine friedliche Massenbewegung imstande war, ein abgewirtschaftetes Regime zu stürzen. Dass dabei auch einsichtige Vertreter der alten Eliten ihren Anteil haben, gilt für beide Abläufe. Auf jeden Fall verlor das Paradigma der „Abwehr des Bolschewismus“ in Deutschland nach 1989 seine Dringlichkeit und die Historisierung der Revolution, ihr historiographischer Einbau in den weltweiten Demokratisierungstrend, wurde möglich.<sup>14</sup>

Der Regionalhistoriker, der sich auch für die politische Bildung verantwortlich fühlt, kann nur dies tun: Den Erfolg der friedlichen Revolution 1918/19 auch in Pommern konstatieren, erkennen, welchen Rückhalt diese Revolution auch in den Städten und Dörfern Pommerns hatte, die vor allem von Berlin aus durchgesetzten sozialen Fortschritte im Kielwasser der Revolution anerkennen, die für die nationalsozialistische Machtergreifung wesentlichen Überbleibsel der Junkerherrschaft zur Kenntnis nehmen und feststellen, dass eine zweite friedliche Revolution in diesem Teil Deutschlands 1989/90 zur nationalen Einheit und zur Festigung der Demokratie geführt hat. Es bleibt uns aufgegeben, dafür zu streiten, dass diese Demokratie erhalten bleibt.

---

<sup>14</sup> Vgl. NIESS, S. 586.

# Die Revolution und ihre Bewertung



## Die Revolution als Chance und Gefahr. Revolutionäre Drehbücher in Deutschland 1918/19

*Rüdiger Graf*

### Einleitung

In wissenschaftlichen und populären Darstellungen der Zukunftsvorstellungen während der Revolution von 1918/19 wird gern Ernst Troeltschs Diktum vom „Traumland der Waffenstillstandsperiode“ zitiert.<sup>1</sup> In der Zeitschrift *Der Kunstwart* schrieb der Theologe 1919 unter dem Pseudonym Spectator instruktive Vignetten über die politische Situation und die Stimmung der Bevölkerung. Die einprägsame Formel vom Traumland scheint sich zunächst auf die enthusiastischen Hoffnungen zu beziehen, mit denen Teile der Bevölkerung nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs eine ‚neue Zeit‘ gestalten wollten. Liest man den Text vom 26. Juni 1919 jedoch genauer, so erkennt man, dass dieses positive Verständnis den von Troeltsch intendierten Sinn nur teilweise erfasst:

Das Traumland der Waffenstillstandsperiode, wo jeder sich ohne die Bedingungen und realen Sachfolgen des bevorstehenden Friedens die Zukunft phantastisch, pessimistisch oder heroisch ausmalen konnte, ist geschlossen.<sup>2</sup>

Troeltsch bezieht sich also auf die Virtualisierung der politischen Ordnung in Deutschland, die für ihn zu diesem Zeitpunkt schon nahe zurücklag. Als die politischen Institutionen des Kaiserreichs nicht mehr existierten, aber weder die Verfassung der Republik verabschiedet noch die Bedingungen des Versailler Vertrags bekannt waren, war Vieles möglich erschienen. In der Zeit der revolutionären Um- und Neugestaltung war Deutschlands politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft offener gewesen als in Phasen, in denen die Grundfragen der Ordnung des Zusammenlebens geklärt sind. Durch den expliziten Bezug auf den Versailler Frieden, dessen Annahme die Nationalversammlung gerade beschlossen hatte, legte Troeltsch den Akzent auf die Enttäuschung der Hoffnungen, die von einem moderaten ‚Wilson-Frieden‘ ausgegangen waren und nun durch die unisono als zu hart und ungerecht empfundenen Vertragsbedingungen ad acta gelegt werden mussten.<sup>3</sup> Aller-

---

1 Kathleen CANNING: Gender and the Imaginary of Revolution in Germany, in: Klaus WEINHAUER/Anthony McELLAGOTT/Kirsten HEINSOHN (Hrsg.): *Germany 1916–23. A revolution in context*. Bielefeld 2015, S. 103–126, hier S. 106.

2 Ernst TROELTSCH: Nach der Entscheidung (Juli 1919), in: Gangolf HÜBINGER/Nikolai WEHRS (Hrsg.): *Spectator-Briefe und Berliner Briefe (1919–1922)*. Berlin 2015, S. 125–132, hier S. 131.

3 Jörn LEONHARD: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt: 1918–1923*. München 2018.



dings entwarf er eine Trias von Zukunftsbezügen. Die Ereignisse seit dem November 1918 hatten Deutschland nicht nur mit phantastischen Zukunftsvorstellungen zu einem Traumland, sondern auch mit pessimistischen zu einem Albtraumland gemacht. In diesem Land wähten sich zugleich viele politische Akteure in einem existenziellen Kampf, der sie in Zukunft zu Helden machen würde.

Als Zeiten beschleunigten Wandels sind Revolutionen ein beliebter Gegenstand der Geschichts- aber auch der systematischeren Sozialwissenschaften. Um historische und soziologische Perspektiven zusammenzuführen, nutzen KEITH BAKER und DAN EDELSTEIN den Begriff des revolutionären Skripts oder Drehbuchs. Der Schlüssel zum Verständnis von Revolutionen besteht für BAKER und EDELSTEIN darin, dass diese keineswegs aus dem Nichts entstehen, sondern auf der Basis vorangegangener Revolutionen modelliert werden:

Revolutionaries are extremely self-conscious of (and often highly knowledgeable about) how previous revolutions unfolded. These revolutionary scripts offer frameworks for political action. Whether they serve as models or counterexamples, they provide the outlines on which revolutionary actors can improvise. And revolutionaries, in turn, can transform the scripts they inherit.<sup>4</sup>

Nachdem das Urskript in der Französischen Revolution entwickelt worden war, so BAKER und EDELSTEIN, bezogen sich Revolutionäre immer auf die Vergangenheit, wenn sie in der Gegenwart Revolution machen wollten. Aus vergangenen Revolutionen leiteten sie gegenwärtige Zukunftsperspektiven und Handlungskonzepte sowohl für die Revolution selbst als auch für die Zeit nach ihrem Ende ab. Demgegenüber hat MORITZ FÖLLMER jüngst argumentiert, dass die deutsche Revolution von 1918/19 eine Ausnahme von dieser Regel gewesen sei, die er als „unscripted revolution“ bezeichnet.<sup>5</sup> Für seine These spricht die frappierende Tatsache, dass die deutsche Sozialdemokratie, siebenzig Jahre nachdem Karl Marx und Friedrich Engels das Manifest der Kommunistischen Partei veröffentlicht hatten und nachdem sie sich jahrzehntelang als revolutionäre, wenn auch in weiten Teilen nicht mehr als Revolution machende Partei begriffen hatte,<sup>6</sup> 1918/19 über kein Konzept für die anstehende politischen Umgestaltung verfügte.

Die Revolution war also in dem Sinne unscripted, dass die Akteure, die über die wesentlichen staatlichen Machtmittel verfügten, keinem Drehbuch folgten, sondern improvisierten. Entscheidend für ihren Verlauf war jedoch weniger, so werde ich im Folgenden argumentieren, dass kein zentrales Skript existierte, das umgesetzt worden wäre. Vielmehr evozierte

4 Keith Michael BAKER/Dan EDELSTEIN: Introduction, in: Keith Michael BAKER/Dan EDELSTEIN (Hrsg.): *Scripting Revolution. A Historical Approach to the Comparative Study of Revolutions*. Stanford, California 2015, S. 1–24, hier S. 2.

5 Moritz FÖLLMER: *The Unscripted Revolution: Male Subjectivities in Germany, 1918–1919*, in: *Past & Present* 240 (2018), H. 1, S. 161–192, hier S. 162.

6 Dieter GROH: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges*. Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1973.

die Revolution eine Vielzahl konkurrierender Drehbücher, wie sich Deutschland nach dem Ende des Kaiserreichs weiterentwickeln sollte, konnte oder musste. Am ehesten verfügte die extreme Linke, das heißt der Spartakusbund beziehungsweise die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der linke Flügel der USPD, über ein handlungsleitendes, revolutionäres Skript, auch wenn dessen genauer Ablauf an einigen entscheidenden Stellen umstritten war. Ihre Protagonisten besaßen aber – abgesehen von den kurzlebigen und lokal begrenzten Räterepubliken – zu keinem Zeitpunkt die Macht, sich ernsthaft an seine Durchsetzung zu machen. Nichtsdestoweniger entfaltete dieses Skript und vor allem das konkrete Vorbild der ein Jahr zurückliegenden Russischen Revolution eine große Wirkung, weil es den Gegnern der sozialistischen Revolution von der Mehrheitssozialdemokratie bis ins bürgerliche und konservative Lager als Schreckensszenario diente, das es zu verhindern galt. Zugleich entwickelten sie alternative Drehbücher für die Zukunft, die gemeinhin zumindest bestimmte Elemente der Revolution nicht rückgängig machen wollten und auf Seiten der radikalen Rechten oft ebenfalls revolutionären Charakter annahmen.

Um den Einfluss der Skriptvielfalt auf die Revolution zu analysieren, werde ich im Folgenden zunächst die Debatte über den Verlauf und die weitere Ausgestaltung der Revolution auf der politischen Linken untersuchen. Dabei geht es vor allem um das Verhältnis von angenommenen Entwicklungsgesetzen, antizipierten Entwicklungsmöglichkeiten und daraus resultierenden Handlungsspielräumen oder – in zeitgenössischer Diktion – um Reifungsprozesse, die Ernte von ‚Früchten‘ und die Gefahr von ‚Fehlgeburten‘. In einem zweiten Schritt werde ich dann die Zukunftsperspektiven in den politischen Strömungen in den Blick nehmen, welche die sozialistische Revolution ablehnten, wobei ich besonderes Augenmerk auf das ‚Gespenst des Bolschewismus‘, das ‚Dennoch des Glaubens‘ und die ‚völkische Erneuerung‘ legen werde.

### Reifung, Früchte und Fehlgeburten – die Revolution zwischen SPD, USPD und KPD

Als den Vertretern von SPD und USPD die Macht in den Schoß fiel, hatten sie offenbar keinen Plan, wie der sozialistische Zukunftsstaat, über den jahrzehntlang debattiert worden war, zu errichten sei.<sup>7</sup> Auch die politische Sprache, derer sich die Mehrheitssozialdemokraten bedienten, war kaum revolutionär, sondern richtete sich an den Handlungsnotwendigkeiten des Tages aus und enthielt nur wenig weitergehende Zukunftsperspektivi-

---

7 Lucian HÖLSCHER: *Weltgericht oder Revolution. Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich*. Stuttgart 1989; DERS.: *Die verschobene Revolution. Zur Generierung historischer Zeit in der deutschen Sozialdemokratie vor 1933*, in: Wolfgang HARDTWIG (Hrsg.): *Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit*. München 2003, S. 219–231.

ven.<sup>8</sup> Schon in der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch am 10. November betonte Friedrich Ebert als Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten die Notwendigkeit des langsamen Um- und Aufbaus gegenüber radikaleren Umgestaltungsplänen.<sup>9</sup> Auch für Eberts Co-Vorsitzenden, den Unabhängigen Sozialdemokraten Hugo Haase, schien die Revolution schon gemacht zu sein. Jetzt ging es für ihn darum, „die Errungenschaften der großen, der sozialistischen Revolution [zu] befestigen“ und die „Konterrevolution“ zu verhindern, damit die „Riesenopfer, die die Revolution gekostet“ habe, zu denen er „die ganzen Opfer des Weltkrieges“ rechnete, nicht umsonst gebracht worden seien.<sup>10</sup> In Eberts Reden im November und Dezember 1918 erschien die Veränderung der politischen Ordnung weniger als das Produkt aktiver Gestaltung, denn als naturwüchsiger Prozess, der eingeeht werden musste. Auf einer Reichskonferenz von Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte am 25. November erklärte er etwa, zurzeit „durchlebe“ man „eine grundstürzende Umwälzung Deutschlands“.<sup>11</sup> Als Handlungsmotiv diente ihm kein revolutionärer Wille, sondern die solidarische nationale Pflichterfüllung:

Als wir die politische Macht des Reiches übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. [...] Wir waren uns auch der großen Last bewußt, die uns aufgebürdet worden ist. Unsere Pflicht gegen die Arbeiterklasse und gegen unser Volk gebot uns aber zu handeln.<sup>12</sup>

Der Rat der Volksbeauftragten folgte offensichtlich keinem revolutionären Drehbuch, sondern war vielmehr in Eberts Beschreibungen Tag und Nacht darum bemüht, die „Regierungsmaschinerie“ und die Wirtschaft am Laufen zu halten, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern und Not und Chaos zu verhindern.

Diese gegenwartsorientierte Fixierung der Mehrheitssozialdemokratie auf Versorgungssicherheit und Ordnung stand in diametralem Gegensatz zum revolutionären Skript der Spartakisten und des linken Flügels der USPD. Auf den Versammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte im November und Dezember prallten ihre Zukunftsaneignungen direkt aufeinander. So griff Karl Liebknecht Ebert am 10. November im Zirkus Busch an, indem er erklärte, dessen Entwicklungsdenken spiele nicht nur der Gegenrevolution in die Hände,

8 Susanne MILLER: Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920. Düsseldorf 1978, S. 99.

9 Siehe das Protokoll der Vollversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte im Zirkus Busch, 10. November 1918, in: Gerhard ENGEL/Gaby HUCH/Ingo MATERNA (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19. Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongreß. Berlin 2002, S. 15–24.

10 Ebd., S. 15–24.

11 Susanne MILLER (Hrsg.): Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Düsseldorf 1969, hier S. 152.

12 Ebd.

sondern sei selbst konterrevolutionär.<sup>13</sup> Wenn Richard Müller, der Vorsitzende des Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte Großberlin, auf der gleichen Versammlung im Widerspruch zu Theodor Wolffs Artikeln im *Berliner Tageblatt* erklärte, die Revolution sei sehr wohl vorbereitet gewesen, dann entsprach das für die Sozialdemokratie sicher nicht der Wahrheit.<sup>14</sup> Wohl aber verfügte die Gruppe der Spartakisten 1918 über ein klares Skript. In diesem wurde die Gegenwart als revolutionäre Situation begriffen und entsprechende Zukunftsperspektiven und Handlungsnotwendigkeiten abgeleitet. Schon in ihrer berühmten Junius-Schrift über die „Krise der Sozialdemokratie“ hatte Rosa Luxemburg 1915 den Weltkrieg als „Weltenwende“ begriffen. Das Tempo der historischen Entwicklung habe sich enorm beschleunigt und treibe auf eine Entscheidung von weltgeschichtlicher Bedeutung zu:

Entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof. Oder Sieg des Sozialismus, d. h. der bewußten Kampffaktion des internationalen Proletariats gegen den Imperialismus und seine Methode: den Krieg.<sup>15</sup>

Diese revolutionäre Gegenwartsdeutung, an einem welthistorischen Wendepunkt zu stehen, an dem eine historische Epoche zu Ende geht und durch politische Entscheidungen das Schicksal kommender Generationen bestimmt werden kann, wurde im Programm des Spartakusbundes in ein Handlungskonzept umgesetzt.

Unter dem Titel „Was will der Spartakusbund?“ veröffentlichte die *Rote Fahne* am 14. Dezember 1918 fünfzehn Sofortmaßnahmen auf politischem und sozialem Gebiet und acht „nächste wirtschaftliche Forderungen“, um die „sozialistische Gesellschaftsordnung“ zu verwirklichen und damit „die gewaltigste Aufgabe, die je einer Klasse und einer Revolution in der Weltgeschichte zugefallen ist“, zu erfüllen.<sup>16</sup> Kernforderungen waren die vollständige Entfernung von Vertretern des alten Systems aus staatlichen Machtpositionen, die Übernahme der Macht durch die Arbeiter- und Soldatenräte, die sich seit dem November überall im Reich gebildet hatten, sowie die umfassende Sozialisierung der Wirtschaft. Das Programm suggerierte, dass diese Maßnahmen im Hier und Jetzt möglich und nötig seien, um den weltgeschichtlichen Moment nicht zu verpassen. Allerdings war es rein deklamatorischer Natur, weil die Spartakisten zu diesem Zeitpunkt in den Räten so marginal waren, dass sie das Programm nicht in Handlungen umsetzen konnten. Zudem blieb es durchaus ambivalent in Bezug auf die Frage, wie die Übernahme der Regierungsgewalt gelingen und in welchen Zeiträumen sie erfolgen sollte. So hieß es weiter:

13 ENGEL/HUCH/MATERNA (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19, S. 17f.

14 Ebd., S. 16.

15 ROSA LUXEMBURG (JUNIUS): Die Krise der Sozialdemokratie. Anhang: Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie; eine Gefängnisarbeit. Berlin 1916, 13f.

16 SPARTAKUSBUND: Was will der Spartakusbund?, in: Die Rote Fahne vom 14. Dezember 1918.

Die proletarische Revolution kann sich nur stufenweise, Schritt für Schritt, auf dem Golgathaweg eigener bitterer Erfahrungen, durch Niederlagen und Siege, zur vollen Klarheit und Reife durchringen. Der Sieg des Spartakusbundes steht nicht am Anfang, sondern am Ende der Revolution.<sup>17</sup>

Für die Spartakisten und die radikalen Teile der Rätebewegung hatte die Revolution im Dezember 1918 also gerade erst begonnen, und man hatte noch einen weiten revolutionären Weg vor sich. Erst nach dessen Ende wurden die sozialistische Gesellschaft und eine neue Stufe der Weltgeschichte erwartet. Ganz anders war demgegenüber die Temporalisierung der Revolution bei den Vertretern der Mehrheitssozialdemokratie, in deren Reden und Verlautbarungen sie schon in der Vergangenheit lag. Die Revolution war für sie ausgehend vom Kieler Matrosenaufstand mit der Ausrufung der Republik am 9. November und der Einsetzung des Rats der Volksbeauftragten gemacht worden. Schon ab dem 10. November trafen also zwei verschiedene revolutionäre Skripte aufeinander, die grundsätzlich verschiedene Zukunftsperspektiven enthielten. Dabei bezogen sich die Differenzen weniger auf den anzustrebenden Zustand nach der Revolution als auf die Revolution selbst, deren Geschwindigkeit und Dauer.

In KARL DIETRICH ERDMANNNS lange Zeit einflussreicher Deutung der Revolution bestand im November 1918 die Alternative zwischen einer kommunistischen Rätediktatur und dem Bündnis der Mehrheitssozialdemokratie mit den alten Eliten, um die Räteherrschaft zu verhindern.<sup>18</sup> Die Forschungen zur Rätebewegung haben aber gezeigt, dass die Räte insgesamt viel gemäßigter waren, als ERDMANN angenommen hatte. Sie wurden nicht nur überwiegend von den Mehrheitssozialdemokraten dominiert, sondern ließen in vielen Städten sogar die Beteiligung von Bürgern zu. In Bonn entstand etwa ein Arbeiter-, Bürger- und Soldatenrat, in Leverkusen war der Industrielle Carl Duisberg beratendes Mitglied im Arbeiter- und Soldatenrat, und „an der Spitze des Greifswalder Arbeiter- und Soldatenrates standen der ehemalige kaiserliche Polizeidirektor und der Bataillonskommandeur.“<sup>19</sup> Nachdem der Rat der Volksbeauftragten sich bereits auf die Wahl zur Nationalversammlung festgelegt hatte, wurden die Vertreter der Räte für den 16. Dezember nach Berlin geladen, um diese Entscheidung zu bestätigen und die Möglichkeiten einer Sozialisierung der Wirtschaft zu diskutieren. Schon aus dem Einladungsschreiben sprach die mehrheitssozialdemokratische Temporalisierung der Revolution. Es endet mit den Worten: „Ihr habt die Revolution gemacht, laßt uns auch gemeinsam ihre Früchte ernten.“<sup>20</sup> Auch der Kongress

17 Ebd.

18 Karl Dietrich ERDMANN: Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: VfZ 3 (1955), S. 1–9.

19 Hans-Joachim BIBER: Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920. Hamburg 1992, S. 52.

20 ZENTRALRAT DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK DEUTSCHLANDS (Hrsg.): Allgemeiner Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhaus zu Berlin. Stenographische Berichte, Bd. IV. Berlin 1919, S. 53.

der Arbeiter- und Soldatenräte, der vom 16. bis 21. Dezember 1918 im Berliner Abgeordnetenhaus tagte, folgte mit großer Mehrheit nicht dem revolutionären Skript, das eine Woche zuvor in der *Roten Fahne* veröffentlicht worden war. Fast zwei Drittel der knapp 500 von den Delegierten gehörten der Mehrheitssozialdemokratie an, während die USPD weniger als 100 Delegierte stellte und nicht einmal ein Dutzend Spartakisten vertreten waren. Zu diesen gehörten bekanntlich weder Karl Liebknecht noch Rosa Luxemburg, weil nur wählbar war, wer in einem Betrieb beschäftigt war oder der Armee angehörte.<sup>21</sup>

In ihren Eröffnungsreden gebrauchten sowohl Friedrich Ebert als auch Richard Müller das Bild von den Früchten der Revolution. Sie meinten damit aber sehr verschiedene Dinge. Als Anhänger des Rätemodells erklärte Müller, es gehe darum, die „Früchte der Revolution zu sichern“, und das hieß für ihn, die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte zu stabilisieren und möglichst rasch Sozialisierungen der Wirtschaft durchzuführen.<sup>22</sup> Dies werde durch den kooperativen Kurs der Volksbeauftragten und die Wahlen zur Nationalversammlung gefährdet. Dem folgte nur eine Minderheit des Kongresses wie der Chemnitzer Spartakist Fritz Heckert, der argumentierte, wenn sich der Rätekongress nicht selbst zur „obersten gesetzgebenden und ausübenden Gewalt“ erkläre, werde es „in aller kürzester Zeit“ zur Konterrevolution kommen. Die revolutionäre Situation schaffe gegenwärtig Handlungsmöglichkeiten, die so nicht wiederkehren würden. Wenn man den Moment verstreichen lasse, werde bald wieder der Ruf ertönen: „Kehre wieder über die Berge, Mutter der Freiheit, Revolution.“<sup>23</sup> Für Friedrich Ebert und mit ihm für die Mehrheit der Delegierten war demgegenüber schon „in den ersten Novembertagen zertrümmert [worden], was im Laufe der Zeit morsch geworden war, [und der] deutsche Volksstaat vollkräftig ins Leben gesetzt“ worden. Nun dürfe man „die Früchte der Revolution“ nicht durch „Uneinigkeit, Zersplitterung, Eigensinn, Eigendünkel und Eigenmächtigkeiten“ gefährden.<sup>24</sup>

Neben der Grundfrage, ob der Weg zum Sozialismus über die Mehrheit in der Nationalversammlung oder die Stabilisierung der Räteherrschaft führen würde, kreisten die Konflikte auf dem Rätekongress vor allem darum, mit welcher Geschwindigkeit wirtschaftliche Veränderungen realisiert werden könnten. Das Tempo der Revolution beziehungsweise der wirtschaftlichen Veränderungen galt in zweierlei Hinsicht als Gefahr für die Revolution selbst. Erfolgte die Sozialisierung nicht schnell genug, argumentierten die Spartakisten und der linke Flügel der USPD, würden sich die Arbeiter abwenden und die Konterrevolution siegen. Demgegenüber warnten die Mehrheitssozialdemokraten, eine zu schnelle Sozialisierung würde die wirtschaftliche Erholung, den Wiederaufbau und die Versorgung der Bevölkerung und damit letztlich die Revolution selbst gefährden. Im Hintergrund dieser Debatte standen fundamentale Überzeugungen über historische Entwicklungsgesetze und

---

21 Ebd.

22 Ebd., S. 13–20.

23 Ebd., S. 102 f.

24 Ebd., S. 3 f.

die Geschichtsmächtigkeit historischer Subjekte. So erinnerte etwa der Delegierte P. Knaus aus Offenbach an die Prinzipien der materialistischen Geschichtsauffassung:

Revolution kann man nicht machen, sie muss reif sein und aus den wirtschaftlichen Verhältnissen kommen. [...] Für uns, die wir heute leben, kann es nur eine Übergangszeit zu einem wirtschaftlichen, wahren Sozialismus geben. Wir alle sind berufen mitzuarbeiten, damit der kommenden Generation der wahre Sozialismus beschieden wird.<sup>25</sup>

Diese Zukunftsperspektive war kaum dazu geeignet, unmittelbare Begeisterung und Enthusiasmus auszulösen, gestand der Volksbeauftragte Wilhelm Dittmann von der USPD. Nachdem man jahrzehntelang auf eine „soziale Erlösung“ gehofft und diese auch für den Tag der politischen Revolution versprochen habe, sei nun die Enttäuschung groß. Denn wirtschaftliche Verbesserungen seien kaum möglich, weil „der vierjährige kapitalistisch-militaristische Totentanz alles verschlungen und vernichtet hat, was an materiellen und kulturellen Werten in jahrzehntelanger Fronarbeit vom Proletariat geschaffen worden war“.<sup>26</sup> Vor dem Krieg, meinte Dittmann, sei die Sozialisierung ein verhältnismäßig leichtes Unterfangen gewesen, weil die ganze kapitalistische Wirtschaftsentwicklung darauf zugelaufen sei. Nun gehe es aber darum, die Versorgung der Bevölkerung aufrechtzuerhalten und den wirtschaftlichen Aufbau nicht durch Eingriffe zu gefährden. Immer wieder verwiesen die Abgeordneten der Mehrheitssozialdemokraten und des rechten Flügels der USPD auf die Gesetze der historischen Entwicklung und die natürlichen Reifungsprozesse des Kapitalismus, an denen das Handeln ausgerichtet werden müsse. In seinem ausführlichen Referat zur Sozialisierung betonte auch Rudolf Hilferding, die Folgen des Krieges erschwerten die Sozialisierung, auch wenn die kapitalistische Konzentration grundsätzlich weitergegangen sei. Direkte Sozialisierungsmöglichkeiten bestünden gegenwärtig nur in wenigen Sektoren, wie dem Bergbau und der Kaliindustrie, und der Übergang zum Sozialismus werde folglich Zeit brauchen. Genauso wie die kapitalistische Wirtschaftsordnung lange Zeit noch Reste früherer Wirtschaftsordnungen in sich getragen habe, werde dies auch die sozialistische tun. Explizit wandte er sich gegen die „ganz verkehrte Vorstellung [,] daß das nun willkürlich beschleunigt werden kann. [...] Es bedarf also der Zeit. Aber ich meine, das Proletariat kann auch diese Zeit gewähren.“<sup>27</sup>

Für den Unabhängigen Sozialdemokraten Emil Barth waren weder die von Hilferding gezeichnete Zukunftsperspektive noch dessen Ablehnung des Voluntarismus zufriedenstellend. Die Sozialisierung sei vielmehr „die Frage der Fragen der Gegenwart“, die darüber entscheide, ob die Arbeiter weiter bereit seien, Entbehrungen auf sich zu nehmen: „Da glaube ich, müssen wir der Arbeiterschaft die Sozialisierung bringen, nicht etwa in Monaten,

---

25 Ebd., S. 47.

26 Ebd., S. 43.

27 Ebd., S. 318f.

sondern in ganz kurzen Tagen.“<sup>28</sup> Auch Ernst Däumig bemängelte, der Kongress zeichne sich durch einen „nüchternen, hausbackenen und philiströsen“ Geist aus und diskutiere in einer „unglaublichen Vertrauenseligkeit und Selbstbespiegelung, wie herrlich weit man es doch gebracht habe“, verkenne dabei aber die „ehernen Gesetze der Geschichte, wie gerade Revolutionen unerbittlich weiterschreiten“.<sup>29</sup> Explizit diskutierten die Vertreter der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember unterschiedliche Geschwindigkeiten der Revolution und beriefen sich dabei jeweils auf Entwicklungsgesetze der Geschichte. Dass bei der entscheidenden Frage der Sozialisierung immer wieder die vage Metapher der „Reife“ gewählt wurde, zeigt, wie unklar die Vorstellungen von den Gesetzmäßigkeiten zukünftiger Entwicklungen letztlich waren. Selten wurden Reifungsgrade so konkret ausbuchstabiert, dass aus ihnen detaillierte revolutionäre Skripte hätten entwickelt werden können. Vielmehr wurden sie letztlich bloß aufgerufen und behauptet, dienten aber damit genauso wie ein Skript dazu, die Notwendigkeit des Handelns oder Nicht-Handelns zu begründen.

Diese evolutionären oder revolutionären Handlungskonzepte entwickelten sich nicht auseinander, sondern waren von Beginn an gegensätzlich. Zwar wurden die Fronten zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der Arbeiterbewegung durch den Einsatz von Gewalt und vor allem von konterrevolutionärer Gewalt immer unversöhnlicher.<sup>30</sup> Die exzessive Gewalt, welche die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie gegen die Kommunisten und die räterepublikanischen Experimente in der zweiten Phase der Revolution im Frühjahr 1919 einsetzten, resultierte aber zumindest teilweise aus diesen verschiedenen Temporalisierungen der Revolution. Denn es war vor allem das Drehbuch, das die Russische Revolution anzubieten schien, Lenins Avantgardetheorie und die Diktatur des Proletariats, das als Schreckbild den Einsatz von Militär und Freikorps gegen die rhetorisch starken aber organisatorisch schwachen Kommunisten rechtfertigte.<sup>31</sup> Die radikale Ablehnung des Bolschewismus reichte bis weit in die Unabhängigen Sozialdemokraten hinein, die die Demokratie für eine unabdingbare Voraussetzung des Sozialismus hielten. So meinte ihr Theoretiker, Karl Kautsky, die Diktatur des Proletariats, welche die Bolschewisten „predigen und üben“, sei „nichts als ein grandioser Versuch, naturgemäße Entwicklungsphasen zu überspringen und wegzudekretieren.“<sup>32</sup>

Wo es um die Umsetzung abstrakter Ziele in konkrete Handlungen ging, reichte der Konflikt über das richtige revolutionäre Skript bis in die KPD hinein. Auf ihrem Gründungsparteitag stritt die Partei über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung und danach über den Sinn der Putsch-Taktik. Rückblickend erklärte der Abgesandte der Bolschewiki, Karl Radek, im September 1919, die Konterrevolution habe in Deutschland

28 Ebd., S. 327–329.

29 Ebd., S. 227.

30 Mark JONES: *Founding Weimar. Violence and the German Revolution of 1918–1919*. Cambridge 2016.

31 Kai-Uwe MERZ: *Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921*. Berlin 1995.

32 Karl KAUTSKY: *Demokratie oder Diktatur*. Berlin 1918, S. 53.



gesiegt und eine Revolution im eigentlichen Wortsinne habe es, wenn überhaupt, nur bis zum Reichsrätekongress im Dezember 1918 gegeben. Eine revolutionäre Situation werde in naher Zukunft aufgrund der Entwicklung des Kapitalismus zwar wiederkommen, aber man könne sie eben auch nicht erzwingen, wie der Januaraufstand und die Märzunruhen in Berlin sowie die Münchener und Bremer Räterepubliken gezeigt hätten. Zur Verdeutlichung bemühte er wieder das Bild der Reife, wenn er das „Wesen des Putschismus“ als den Versuch begriff, „unreife Früchte“ zu pflücken:

Die Revolution kann nicht schneller kommen, als sie kommen kann, und meines Wissens gibt es kein medizinisches Buch, das die Länge der Schwangerschaft der kapitalistischen Gesellschaft festsetzt. Kurz und gut, das Resultat der Eile kann nur eine gewerkschaftliche Mißgeburt sein.<sup>33</sup>

### Das Gespenst des Bolschewismus, das ‚Dennoch des Glaubens‘ und die ‚völkische Erneuerung‘

Weitet man den Blick von den erklärtermaßen revolutionären Parteien der Arbeiterbewegung auf den Rest des politischen Spektrums und betrachtet auch die Katholiken, die Liberalen und die Konservativen, so vervielfältigt sich die Zahl der Revolutionsdrehbücher noch einmal. Eine zentrale Stellung nahm aber auch hier zunächst das Skript der Russischen Revolution und des Bolschewismus ein, allerdings als Schreckgespenst, das es unbedingt zu verhindern galt.<sup>34</sup>

Diese Funktion hatte es, wie bereits angedeutet, auch auf Seiten der gemäßigten Linken. Immer wieder warnten die Gegner einer schnellen Sozialisierung und einer Diktatur des Proletariats auf den Rätekongressen vor „russischen Zuständen“ oder sie verwiesen auf die grundsätzlich rückständigere russische Wirtschaftsstruktur, welche die Übertragung dortiger Konzepte auf Deutschland ausschlosse.<sup>35</sup> Max Cohen etwa, der auf dem Rätekongress im Dezember 1918 den Antrag auf Einrichtung einer Nationalversammlung begründet hatte, erklärte, die Nachahmung des russischen Vorbildes würde Deutschland zugrunde richten.<sup>36</sup> Gemäßigte Sozialdemokraten wiederholten die Warnung vor dem Bolschewismus in den Debatten über die Reform der Wirtschaft permanent, während Sozialisierungsbefürworter darin kaum mehr als eine rhetorische Strategie sahen. So bekannte ein entnervter

33 Arnold STRUTHAHN/Karl RADEK: Die Entwicklung der deutschen Revolution und die Aufgaben der kommunistischen Partei. Stuttgart-Degerloch 1919, S. 37.

34 Gerd KOENEN/Lew KOPELEW (Hrsg.): Deutschland und die Russische Revolution. München 1998.

35 MILLER: Die Bürde der Macht, S. 142 und 158; Peter LÖSCHE: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920. Berlin 1967.

36 Max COHEN: Deutscher Neuaufbau und Arbeiterschaft, in: Die Neue Rundschau 30 (1919), H. 1, S. 656–671.

bayerischer Ministerpräsident Kurt Eisner auf der Reichsrätekonferenz am 25. November 1918, „er sei ein Gegner der Bolschewiki, er sei aber ein noch größerer Gegner derer, die aus den Bolschewiki einen Popanz machten, um die Konterrevolution vorzubereiten“.<sup>37</sup> Die strategische Funktion der Warnung vor dem Bolschewismus erschöpfte sich jedoch nicht in der Positionsbestimmung innerhalb der Arbeiterbewegung. Je konsequenter sie ausfiel, desto eher konnten die Mehrheitssozialdemokraten eine diskursive Brücke zum bürgerlichen Lager herstellen, wo beispielsweise Gustav Stresemann im November 1918 anerkennend bemerkte, Friedrich Ebert widersetze sich dem Radikalismus innerhalb der Arbeiterbewegung.<sup>38</sup>

Angesichts der realen Schwäche der Spartakisten bzw. Kommunisten, die zwar in einigen Städten stark waren, aber über keine reichsweite Organisationsstruktur verfügten, erscheint die Gefahr des Bolschewismus, die der *Vorwärts* und bürgerliche Zeitungen ausmalten, im Nachhinein grotesk übertrieben. Es ist kaum eindeutig zu bestimmen, inwieweit die Bolschewismusfurcht real war und inwieweit sie strategisch eingesetzt wurde.<sup>39</sup> Aber als Gespenst geisterte die Russische Revolution in vielen Texten herum und entfaltete als Bedrohungswahrnehmung reale Wirkung. Die Ängste vor einer dauerhaft gewalttätigen, terroristischen Diktatur, vor umfassenden Enteignungen, der Abschaffung von Kultur und Religion und einem allgemeinen Sittenverfall waren entscheidend für die gewalttätige Niederschlagung räterepublikanischer Bestrebungen.<sup>40</sup> Die antibolschewistische Rhetorik schreckte dabei oft auch vor Entmenschlichungen nicht zurück, wenn etwa der Jesuitenpater Friedrich Muckermann nach seiner Rückkehr aus russischer Gefangenschaft darüber zu berichten vorgab,

welche Teufel in Menschengestalt nun über Rußland herrschen, welche Hölle sie entfesselt haben um die Unglücklichen, die dort leben müssen, welche grausigen Hoffnungen sie sich machen von der Zukunft Europas und der Welt.

Eine solche Revolution müsse in Deutschland mit allen Mitteln verhindert werden, meinte Muckermann, weil der Bolschewismus „eine Pest“ sei, „ein Unglück schlechthin, Ende aller Kultur, aller Religion, ein Ungeheuer, ein Höllenwerk wider Gottes Himmel.“<sup>41</sup>

Mit der religiös motivierten Ablehnung des Bolschewismus erschöpfte sich die Haltung der Katholiken zur Revolution allerdings nicht, sondern weite Teile waren schnell bereit,

37 MILLER (Hrsg.): Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, S. 178–180.

38 GUSTAV STRESEMANN: Der Umsturz [Berlin, den 12. November 1918], in: Von der Revolution bis zum Frieden von Versailles. Berlin 1919, S. 40–46, hier S. 41.

39 KLAUS WEINHAEUER/ANTHONY McELLAGOTT/KIRSTEN HEINSOHN: Introduction. In Search of the German Revolution, in: KLAUS WEINHAEUER/ANTHONY McELLAGOTT/KIRSTEN HEINSOHN (Hrsg.): Germany 1916–23. A Revolution in Context. Bielefeld 2015, S. 7–36, hier S. 28.

40 JONES: Founding Weimar, S. 27–103.

41 FRIEDRICH MUCKERMANN: Wollt ihr das auch? Wie ich den Bolschewismus in Russland erlebte. Düsseldorf 1920.